



Bözberg. Der potenzielle Standort für ein Atommülllager sei nicht vertieft untersucht worden, erklärt die Schweizerische Energiestiftung. Foto Franziska Laur

Kritik an Lagerkonzept für Atommüll

Experten werfen der Nagra unzureichende Prüfung der Standorte in der Region vor

FRANZISKA LAUR

Die Schweizerische Energiestiftung (SES) wirft der Nagra vor, sie schlage Standorte für ein Atommülllager vor, ohne dass die sicherheitstechnischen Untersuchungen durchgeführt worden seien.

Vor zwei Jahren präsentierte die Nagra sechs potenzielle Standorte für ein Atommülllager, drei davon ganz oder teilweise im Kanton Aargau. Mit dabei der Bözberg wie auch Nördlich Lägeren. Pikant: vor Jahren wurden diese beiden Standorte (ebenfalls von der Nagra) lediglich als Reserveoption bezeichnet. «Die Nagra beurteilte diese zwei Standorte als geologisch weniger geeignet und untersuchte sie daher nicht weiter», sagt Sabine von Stockar von der Schweizerischen Energie-Stiftung. Doch mit dem Sachplanverfahren kamen diese Gebiete wieder als Standortoption auf – untersucht wurden sie trotz ursprünglicher Bedenken nicht weiter.

Die SES hat gestern zum Ende der Anhörung des Sachplanverfahrens Etappe 1 dazu Stellung genommen: «Das Lagerkonzept ist noch nicht ausgereift», sagt Sabine von Stockar. Die Fachleute bei Bund und Nagra gingen von der Vorstellung aus, dass man ein Lager abschliessen und danach eine

Million Jahre Ruhe haben könne. «Das ist eine Illusion. Ein solches Lager muss man ständig überwachen», sagt von Stockar.

Weiter kritisiert sie zahlreiche technische Unklarheiten: «Man weiss beispielsweise noch nicht, in welche Behälter man den Atommüll geben soll.» Die heute bekannten Ummantelungen hielten höchstens 1000 Jahre, Atommüll strahle aber bis zu einer Million Jahre lang. Entsprechend müssten sowohl die zweite Umhüllung aus Bentonitgestein wie der Opalinuston selbst die gefährlichen Stoffe zurückhalten. Doch wie der Opalinuston auf Wärme reagiert, sei zu wenig erforscht, so die Atommüllexpertin.

EINE FARCE. Doch vor allem bemängelt von Stockar, dass das ganze Sachplanverfahren eine Farce sei, bei der die Bevölkerung nicht mitbestimmen könne. Auch der aargauische Baudirektor Peter C. Beyeler sagte von Beginn des Sachplanverfahrens weg: «Der Entscheid, ob das Endlager auf Aargauer Boden liegt oder nicht, läuft ohne uns.»

Tatsächlich: Nachdem das Nidwaldner Stimmvolk im Jahr 2002 Nein zu einem Endlager im Wellen-

berg gesagt hatte, beschloss der Bundesrat, dass nicht mehr eine Region oder ein Kanton über einen Endlager-Standort abstimmen könne, sondern nur die ganze Schweiz. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit erheblich, dass ein Projekt vom Stimmvolk angenommen wird.

VERSUCHSKANINCHEN. Entsprechend regt sich Kritik am Schweigen der Aargauer Regierung, zumal rund die Hälfte der Standortvorschläge auf Aargauer Boden liegt. «Wir wollen nicht die Atommüll-Versuchskaninchen von Europa sein», wehrt sich Elisabeth Burgener, SP-Grossrätin aus Gipf-Oberfrick, gegen ein Endlager im Bözberg. Und sie fragt sich, weshalb der Aargauer Regierungsrat als einziger in der Region Nordwestschweiz noch nicht Stellung zum Endlager genommen hat.

Basel-Stadt und Baselland haben sich zum Sachplanverfahren geäussert: «Die radioaktiven Abfälle aus allfälligen künftigen AKW dürfen nicht berücksichtigt werden», sagt der Basler Regierungsrat dazu. Er verlangt ausserdem, dass die Nagra dem Bund unterstellt und von den Stromerzeugern unabhängig wird. Und die Basel-

bieter Regierung spricht sich mit Nachdruck gegen die Festlegung der potenziellen Standortgebiete Bözberg und Jurasüdfuss für die Lagerung radioaktiver Abfälle aus.

Gemäss Jörg Hartmeier vom Aargauischen Baudepartement ist die Stellungnahme zum Sachplanverfahren zu verfassen. «Die Hauptaussage ist, dass die Sicherheit an oberster Stelle steht», sagt er. Doch auch das Thema vertiefte Untersuchungen werde angeschnitten.

FORDERUNGEN. Die SES fordert nun die Nagra auf, zuerst die nötigen Untersuchungen durchzuführen und erst dann die Standorte auszuwählen. Diese Untersuchungen mit 3-D-Seismik und spezifischen Bohrungen sind bislang lediglich im Zürcher Weinland gemacht worden. Doch die Nagra schlage unter dem Druck von Experten und Kantonen Regionen vor, die möglicherweise gar nicht für ein Atommülllager geeignet seien, so die SES. Das Sachplanverfahren sieht vor, dass schon Ende kommenden Jahres die Eingrenzung der Standortgebiete auf zwei konkrete Tiefenlagerprojekte pro Abfallkategorie erfolgt.

online

Was auf baz.ch diskutiert wird

In Allschwil wurde am Samstagabend eine Wahlurne mit Stimmzetteln zur Ausschaffungsinitiative gestohlen und angezündet (BaZ von gestern). Für manchen Leser auf baz.ch ist längst klar, wer die Schuld an der Aktion trägt.

Sozialismus made in Basel

Und wieder ernten linke Chaoten medialen Applaus. Man stelle sich die umgekehrte Situation vor. Mir macht diese Entwicklung Angst. In der ganzen Schweiz warnt man vor rechter Gewalt, linke Gewalt wird toleriert oder, noch schlimmer, politisch und juristisch unterstützt. Wir steuern einem neuen sozialistischen System entgegen, dessen Ursprung in der Nordwestschweiz, sprich im Raum Basel liegt. ANDREAS UNGRICHT

Wo ist der Applaus?

Wer sagt denn, dass das Linke waren? Wo steht das? Und wo ist der Applaus? Könnten genauso gut rechte Chaoten gewesen sein, welche ein Pro für den Gegenvorschlag verhindern wollen, oder? PETER WALTHER

Das Links-rechts-Denken nervt

Herr Ungricht, waren Sie daran beteiligt, da Sie jetzt anscheinend schon wissen, dass es die linken Chaoten waren? Warten Sie doch einfach ab, bis man Genaueres weiss, dann kann man die Schuldigen immer noch zur Rechenschaft ziehen. Und ausserdem nervt mich das Links-rechts-Denken sehr, so löst man keine Probleme! STEPHAN ZETTEL

Hoffnungslos und naiv

Herr Zettel, natürlich ist nichts bewiesen, aber von der Interessenslage her ist der Fall zu diesem Zeitpunkt doch wohl klar! Ihre Argumentation zeugt von Hoffnungslosigkeit und ist schlicht naiv! OTTO RIS

Wie in Afrika

Bananenrepublik Schweiz? Müssen jetzt die Wahlurnen in der Schweiz auch wie in gewissen afrikanischen Staaten mit Polizei, Militär und Panzern beschützt werden? URS KELLER

Propaganda mit dem Streichholz

Der eine hat Geld und kauft sich 500 000 Stimmen mittels Propagandamethoden, der andere benutzt ein Streichholz, um seine Macht-, aber auch seine Hilflosigkeit zu demonstrieren. Beides moralisch verwerflich, auch wenn bezahlte Werbung (Wahlplakate) hierzulande hohes Ansehen genießt. ARMIN MEIER

Diskutieren Sie mit auf > www.baz.ch

haupt- und nebensachen

Basel wäre eine ideale Stadt für Fussgänger

HANS-PETER PLATZ*



Es stimmt schon: Basels Verkehrsprobleme sind ein verflixtes und vergiftetes Thema. Seit Jahrzehnten dreht sich im Kreis, was sich Verkehrspolitik nennt und trotz sogenannter «Mitwirkungsprozesse» kaum Wirkung zeigt.

Das Grundproblem liegt meiner Ansicht nach darin, dass man sich in Basel über vieles einigen kann, nur nicht darüber, was in der Innenstadt erlaubt oder verboten sein soll. Da wir alle Stadtmutzer sind, hat auch jeder seine eigenen Ansprüche. Und da man es ja nie allen recht machen kann, dürfen alle Nutzer die Stadt eben immer nur ein bisschen nach ihrem Gusto nutzen. So aktiviert ein demokratisches Grundprinzip die allgemeine Unzufriedenheit.

Das ist nicht schön, aber wirkungsreich. Unzufriedene haben die Tendenz, Interessengemeinschaften zu bilden und mit Maximalforderungen aufzutrompfen. Was wiederum zu einer erheblichen Verschärfung des Zwiegesprächs zwischen den Nutzerfraktionen beitragen kann. Es schimpft die «Velobby»

gegen die «Autolobby» und umgekehrt, wenn es um (notwendige) Parkplätze und (ebenso notwendige) Fahrverbote geht. Und schliesslich geht auch am Runden Tisch, dem politisch korrekten Exerzierplatz für Wortgefechte, gar nichts mehr. So blieb Basels mittelalterliche Kernstadt bis heute ohne eine durchgehende und entsprechend attraktive Fussgängerzone. Das könnte mittlerweile in unserer Stadt mit einem Mahnmal gewürdigt werden, weil es in Europa keine vergleichbare Stadt gibt, die mit so viel Durchhaltevermögen an einer verkehrspolitischen und stadtplanerischen Null-Lösung für Fussgänger festhält.

PARTIKULARINTERESSEN. Jetzt verspricht der Basler Baudirektor Hans-Peter Wessels mit einem neuen Verkehrsprojekt Durchbruch und Aufbruch zugleich. Das ist sicherlich gut gemeint, aber die Partikularinteressen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer werden wohl weiterhin für Zoff sorgen. Solange sich die Regelung der Mobilitätsbedürfnisse in der Innenstadt auf den Interessenkonflikt zwischen dem motorisierten Individualverkehr und den Ver-

kehrsteilnehmern auf zwei Rädern konzentriert, wird es kaum zu einvernehmlichen Lösungen kommen. Beide Gruppen erklären, dass sie die Anwesenheit der jeweils anderen als diskriminierend empfinden. Für mich sind beide schlicht Verkehrsteilnehmer.

Vielleicht bringt die Stadt den Wildwuchs im Taxigewerbe in Ordnung.

Ich halte allerdings Basels Kernstadt mit ihren engen Verhältnissen und ihren steilen Berg- und -Tal-Situationen für eine ausgesprochen ideale Fussgänger-City, in der es neben der hohen Nutzungsdichte durch die öffentlichen Verkehrsmittel ohnehin knapp für jede Art von Transitverkehr ist. Folgerichtig wäre der Zielverkehr an den Rand der Innenstadt zu fördern und der Durchgangsverkehr zu unterbinden. Von den historischen Vorstadtgrenzen in Gross- und Kleinbasel ist jeder Punkt im Zentrum bequem auch zu Fuss erreichbar: Mit weniger Zeitaufwand, notabene,

als jene halbe Stunde, die Präventivmediziner den gesunden Durchschnittsbürgern für die tägliche Bewegungstherapie empfehlen.

Ich ziehe jedenfalls eine Fussgängerstadt Basel auch der gelegentlich als visionär bezeichneten Idee einer Velostadt Basel bei Weitem vor. Schon deshalb, weil ich den Fahrradverkehr in der Innenstadt als sportliches Massenerlebnis für keine förderungswerte, städtische Disziplin halte. Mehr Parkplätze für Autos und Veloabstellplätze am Stadtrand allerdings schon.

PRIVILEGIENWIRTSCHAFT. Es will mir auch nicht gefallen, mit welcher Nonchalance das neue Verkehrskonzept die innerstädtischen Transitachsen den Velos und Mofas öffnen möchte und gleichzeitig den Taxis tagsüber den Zugang zur Innenstadt verbieten will. Ich halte diesen Zwillingsbeschluss für eine ziemlich reaktionäre Privilegienwirtschaft, weil er zugunsten eines zurzeit gängigen urbanen Trends jene zunehmende Zahl von älteren Stadtnutzern benachteiligt, für die eine Taxifahrt kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit ist.

Taxis sind in allen mir bekannten Gross- und Mittelstädten längst als zumindest halb-öffentliche, populäre Verkehrsmittel anerkannt, und sie bewähren sich im sogenannten Modal-Split auch tagsüber bestens. Taxis decken ebenso in idealer Weise die Mobilitätsbedürfnisse älterer Stadtbewohner wie sie die Ansprüche von Touristen und nicht ortskundigen Stadtbesuchern befriedigen können. Aber vielleicht bringt ja die Stadt Basel im Zusammenhang mit dem geplanten Verkehrskonzept gelegentlich sogar den Wildwuchs im Taxigewerbe in Ordnung und erfindet zusammen mit den Unternehmen eine neue Art von Stadttaxis für kurze Wege zu fairen Preisen. So wie damals, als sich die drei grossen Taxizentralen zusammenschlossen und eine einheitliche Flotte von Kleintaxis (Typ: Renault-Heck) erfolgreich auf die Strasse brachten, um der angekündigten Konkurrenz durch die billigen, gelben Migros-Taxis zu begegnen, die dann allerdings in Basel gar nicht mehr antraten.

* Hans-Peter Platz, von 1983 bis 2003 Chefredaktor der Basler Zeitung, schreibt jeweils am Dienstag an dieser Stelle über Haupt- und Nebensachen.